

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe Juni 2010

Der Bundesvorsitzende hat das Wort:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die EU-Kommission hat in den vergangenen Wochen die schrittweise Einführung der Rente mit 70 Jahren zur Diskussion gestellt. Aus Sicht des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands ist dieser Vorschlag nicht zielführend. Zwar verkennen wir das Problem des Demographischen Wandels nicht, aber es müssen Antworten darauf gegeben werden, die Probleme lösen, nicht verschärfen.

Zu Recht stellt die EU-Kommission fest, dass in den Mitgliedsstaaten sehr unterschiedliche Traditionen für einen Renteneintritt bestehen. Deutschland hat mit der ab 2012 beginnenden Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre auf den Demographischen Wandel reagiert. Dieser Prozess sollte erst einmal abgeschlossen und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass ältere Beschäftigte auch tatsächlich mit einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit ihr Rentenalter erreichen können.

Der CGB hält es nach wie vor für falsch, wenn die Erhöhung des Renteneintrittsalters dazu führt, dass nur wenige dieser Arbeitnehmer das reguläre Rentenalter erreichen würden und die überwiegende Mehrheit von ihnen in ihren letzten Berufsjahren in die Arbeitslosigkeit oder mit erheblichen Abschlägen in Rente gehen müssten. Das hat Altersarmut zur Folge, ohne dass etwas gewonnen ist. Die Folgen wären eine zusätzliche Belastung der Sozialkassen und/oder der Steuerzahler.

Anstatt die Folgen des Demographischen Wandels durch eine Heraufsetzung des Rentenalters zu bekämpfen, sollten in Deutschland brachliegende Leistungspotentiale konsequenter genutzt werden: Solange aktuell nur jeder 14. Bürger zwischen 63 und 65 Jahren derzeit eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle hat, muss der Ehrgeiz auf dem Arbeitsmarkt erst einmal sein, diese Quote erheblich zu erhöhen, bevor weitere Renteneintrittsaltsdiskussionen begonnen werden. Insoweit hat die EU-Kommission richtigerweise zwischen den sehr unterschiedlichen Verhältnissen in den Mitgliedsstaaten unterschieden. Deutschland hat beim Renteneintrittsalter seine Hausaufgabe erst einmal gemacht.

Ihr Matthäus Strebl

* * * *

Sparpaket – soziale Balance muss gewahrt werden!

Die Bundesregierung hat sich auf ein Sparpaket geeinigt, welches dafür sorgen soll, dass die Schuldenbremse in den kommenden Jahren durch den Bundeshaushalt eingehalten werden kann. Nun prasselt es Proteste von der Opposition. Die Bandbreite der Kritiker geht von Kommunen über Ökonomen bis hin von Stimmen aus den eigenen Reihen in der Koalition. Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands bewertet das Paket als ein Sparpaket mit Licht und Schatten. Da war im Vorfeld über die Ausgestaltung des Sparpaketes die Rede von alternativlos. Alternativen gibt es aber. Aus Sicht des CGB werden nicht alle genutzt.

Große Einschnitte kommen auf die Arbeitslosen und den öffentlichen Dienst zu. Aber auch die Wirtschaft muss Milliarden zahlen. Aus Sicht des CGB sind die Einsparungen nicht so negativ ausgefallen, wie dies ursprünglich zu befürchten war. Der CGB hat aber Bedenken bezüglich des Wegfalls der Zuschläge beim Übergang von der Versicherungsleistung Arbeitslosengeld I zur Grundsicherung. Mit dieser Kürzung werden vor allem diejenigen bestraft,

die lange Zeit etwas geleistet und deshalb auch lange Zeit Beiträge in die gesetzliche Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben.

Zum zweiten sind die Einsparungen hinsichtlich des Zuschusses für die Hartz IV-Empfänger an die gesetzliche Rentenversicherung und der Wegfall der Erstattungen für die Aufstockung der Ostrenten als sehr problematisch anzusehen. Es scheint so, als ob das Defizit einfach nur auf die gesetzliche Rentenversicherung verschoben wird. Denn Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung kann keiner ernsthaft wollen. Diese sind ja durch die Bundesregierung auch ausdrücklich ausgeschlossen worden.

Da die Regelleistungen für Hartz IV Empfänger aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils ohnehin neu festgelegt werden müssen, hält der CGB die Kritik an diesen Kürzungen für fehlgeleitet. Denn dort werden bedarfsgerechte Festlegungen gefordert. „Wenn eine Zuwendung an Hartz IV Empfänger aufgrund der Auszahlung von Elterngeld niedriger ausfällt, als ohne Elterngeld, dann wird das zu einem Nullsummenspiel. Insgesamt kommt es darauf an, dass die Hartz IV Sätze zukünftig nicht willkürlich ermittelt, sondern nach nachvollziehbaren Kriterien und dem Bedarf der Betroffenen festgelegt werden“, meint Matthäus Strebl, Bundesvorsitzender des CGB. Insoweit stimmt der CGB der Bundesregierung zu, bei Rentnern oder Behinderten nicht zu sparen.

Spannend wird es, abgesehen von dem jetzt beschlossenen Sparpaket, wie die Bundesregierung die Alterssicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung und die Bekämpfung der Armut behandeln wird. Deshalb wäre aus Sicht des CGB auch noch einmal über den Spitzensteuersatz zu reden. „Wenn Sparanstrengungen in dieser Größe anstehen, dann sollte darüber wenigstens als Alternative nachgedacht werden dürfen“, so Strebl abschließend.

Pressemitteilung des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands vom 8. Juni 2010

.....

GEWERKSCHAFTSNACHRICHTEN

Frauen verdienen zu wenig – CGM fordert Maßnahmen zur Gleichbezahlung



Die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) fordert von Arbeitgeberverbänden und der Politik Maßnahmen, Frauen besser in das Berufsleben einzubinden und den immer noch bestehenden Verdienstunterschied auszugleichen.

„Es kann doch nicht sein, dass in Deutschland Frauen mehr als 23 Prozent weniger verdienen als Männer“ empört sich der CGM-Bundesvorsitzende Detlef Lutz über die Nachricht des Statistischen Bundesamtes. Demnach liegt der durchschnittliche Bruttostundelohn bei den weiblichen Beschäftigten bei 14,90 Euro, ihre männlichen Kollegen kommen dagegen durchschnittlich auf 19,40 Euro. Mit 23,2 Prozent liegt Deutschland damit deutlich über dem EU-Schnitt von 18 Prozent und weit über dem Spitzenreiter Italien, wo der Abstand lediglich 4,9 Prozent beträgt. „Wirtschaft und Politik müssen sich zusammensetzen und Maßnahmen überlegen, wie man den Verdienstunterschied in Deutschland erheblich verringern kann. Andere Länder schaffen das auch, dann kann man sich hier nicht nur hinter Erklärungen verstecken, warum das so ist“ fordert Lutz.

Es müsse beispielsweise über Möglichkeiten nachgedacht werden, Familie und Beruf noch besser zu vereinbaren, damit Frauen nicht nur die Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit haben. Darüber hinaus solle auch über den Vorschlag nachgedacht werden, für Führungspositionen oder Aufsichtsräte eine Frauenquote einzuführen. Eine weitere Möglichkeit sieht die CGM in der Möglichkeit, familienbedingte Ausfallzeiten bei Gehaltssteigerungen zu berücksichtigen. „Ein Betriebsrat wird so bezahlt, wie wenn er in seinem eigentlichen Beruf eine gewisse berufliche Weiterentwicklung machen würde. Dieses Prinzip könnte man auch bei Frauen anwenden, die sich für die Erziehung von Kindern eine Auszeit nehmen“ so Lutz abschließend.

Pressemitteilung der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) vom 02.06.2010

ACHTUNG! CGB – Landesverband Bremen ist umgezogen!

Die neue Anschrift unseres CGB-Landesverbandes Bremen lautet:

CGB-Landesverband Bremen, Birkenstraße 16 / 17, 28195 Bremen

Telefon, Fax und E-Mail bleiben unverändert.

Neues Mitglied im CGB: Fachgewerkschaft Deutsche Seehäfen!

Ihr Motto "Proud to be a Docker!"

Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands kann jüngst eine neue Gewerkschaft unter seinem Dach als Mitglied begrüßen. Connterm – Fachgewerkschaft Deutsche Seehäfen heißt die neue Mitgliedsgewerkschaft und steht für die Beschäftigten in den deutschen Seehäfen.

connterm wurde am 8. Dezember 2009 von Hafearbeitern in Hamburg gegründet. Vorsitzender der connterm ist Wolfgang Kurz, selbst Hafearbeiter, der weiß wovon er spricht. „**Die Hafearbeiter wollen sich nicht mehr durch anonyme Großgewerkschaften vertreten lassen, sondern durch eine spezialisierte Fachgewerkschaft, in denen ihre Meinung gefragt ist**“, so Wolfgang Kurz. Kurz und sein connterm-Vorstand wollen eine wirksame Interessenvertretung für Hafearbeiter und damit verstärkt gewerkschaftliche Aktivitäten an deutschen Seehäfen. Sie fordern den Erhalt der Arbeitsplätze sowie die Einhaltung der Tarife auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten! Unter dem Motto „Proud to be a docker!“ wirbt connterm um Unterstützung. Sie wollen, dass die Hafearbeit wieder die Anerkennung bekommt, die sie verdient!



Thomas Ringleb, stellv. Vorsitzender connterm

Eine weitere wichtige Person ist Thomas Ringleb. Thomas Ringleb ist stellvertretender Vorsitzender von connterm. Er ist jüngst in den Betriebsrat des Terminalbetreibers CTT im Hamburger Hafen gewählt worden. Weiterhin gehören dem Vorstand der Fachgewerkschaft Mike Fessel und Heiko Kienzler an.

connterm kooperiert eng mit der Berufsgewerkschaft DHV. Die DHV unterstützt die junge Gewerkschaft bei der Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben und in der Verwaltung.



Der Dachverband CGB vertritt, wie bei ihren anderen 15 Mitgliedsgewerkschaften auch, die Interessen ihres jungen Mitgliedes gegenüber der Politik und anderen Organisationen im nationalen und europäischen Rahmen.

Der CGB freut sich auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit connterm.

* * * *



**Verein katholischer deutscher Lehrerinnen:
Die SPD will die Einheitsschule um jeden Preis!**

Macht sich die CDU zum Erfüllungsgehilfen für die Zerschlagung des differenzierten Schulsystems? Die Sondierungsgespräche in NRW gehen weiter. Bei den Verhandlungen der SPD mit möglichen Koalitionspartnern zeigt sich immer mehr, dass die Schul- und Bildungspolitik zum Dreh- und Angelpunkt im Macht-Poker wird.

Opportunismus der FDP

Es ist nicht erstaunlich, dass sich nun die FDP wieder als möglicher Partner einer Ampelkoalition ins Spiel bringt. Schamlos nutzt die FDP ihre gegenwärtig schlechten Werte aus, um auf Länderebene entgegen früherer Zusagen in alle möglichen Richtungen umzuschwenken und eine Rolle zu spielen, die ihr von der politischen Stärke nicht zukommt.

Hält die CDU ihre Versprechen?

Vor dem Hintergrund dieser neuen Situation ist die Frage: Wird Jürgen Rüttgers bei seinem Versprechen bleiben, am gegliederten Schulsystem in NRW festzuhalten und die Hauptschulen zu stärken? Oder wird er schon bald ebenso einknicken wie seine Kollegen in Hamburg, Thüringen und im Saarland?

Lehrer, Eltern und Schüler müssen immer stärker den Eindruck gewinnen: Es geht gar nicht um die Sache oder um die Zukunft von NRW, es geht um politische Macht, es geht um die Durchsetzung der Einheitsschule um jeden Preis! Das differenzierte gegliederte Schulsystem, das die individuellen Fähigkeiten optimal fördert, ist zum Feindbild mutiert. Und

das, obwohl Untersuchungen von pädagogischen Fachleuten nachweisen, dass ein längeres gemeinsames Lernen keine besseren Bildungsergebnisse bringt – wie das Beispiel Berlin zeigt. Die Verlängerung der Grundschulzeit ist lediglich der Einstieg in die Einheitsschule und führt zur Zerstörung des differenzierten Schulwesens.

Keine billigen Kompromisse auf Kosten der Bildung!

Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V. (VkdL) erwartet von den Politikern redliche Sachentscheidungen, die vor allem wissenschaftliche Erkenntnisse in den Vordergrund stellen. Die Schulen brauchen keine weiteren Experimente, die auf politischen Machtspekulationen basieren! „Wir erwarten von der zukünftigen nordrhein-westfälischen Landesregierung Besonnenheit und Souveränität im Umgang mit zentralen Fragen zur Schulpolitik. NRW ist ein wichtiges Land, für dessen Zukunft jetzt die Weichen gestellt werden“, betont Roswitha Fischer, Bundesvorsitzende des VkdL. Billige Kompromisse könnten sich schon bald als schwere Fehler erweisen.

Pressemitteilung vom 01.06.2010; Roswitha Fischer, Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V.

* * * *

Staatssekretär Dr. Brauksiepe im CGPT-Haus

In der CGPT-Bundesgeschäftsstelle fand die Tagung der Landesarbeitsgemeinschaft von CGB-Mitgliedern in der CDA (CDU-Sozialausschüsse) NRW statt. An der Veranstaltung nahm auch der Landesvorsitzende der CDA, Staatssekretär Dr. Brauksiepe, teil. Ralf Brauksiepe bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und informierte über aktuelle Fragen zur Arbeits- und Sozialpolitik.

Im Laufe der Versammlung wurde auch ein neuer Landesvorsitzender gewählt. Ulrich Bösl, Bundesvorsitzender der CGPT und Landesvorsitzender des CGB-NRW wurde in seinem Amt als Landesvorsitzender der CGB/CDA-Arbeitsgemeinschaft wiedergewählt. Sein Stellvertreter wurde Franz Heitbaum von der GÖD.



v.l.n.r.: Ulrich Bösl, Parl. Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe, MdB und Franz Heitbaum von der GÖD

Ulrich Bösl, CGPT-Bundesvorsitzender

* * * *

Neuwahl des CGB Landesvorstandes in Sachsen! Christian Hertzog zum neuen Vorsitzenden gewählt!

Der Landesvorstand des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands Landesverband Sachsen ist in Leipzig neu gewählt worden.

Nach dem plötzlichen Tod des langjährigen Landesvorsitzenden Jürgen Hänsel (GÖD), war die Position des Landesvorsitzenden einige Monate vakant geblieben. Nachdem der Kollege **Christian Hertzog** die Aufgaben des Landesgeschäftsführers der DHV – Die Berufsgewerkschaft für den Bereich Mitteldeutschland übernommen und damit den sich im Ruhestand befindlichen Kollegen Manfred Werske (DHV) abgelöst hat, ist er einstimmig **zum neuen Landesvorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes in Sachsen** gewählt worden. Ebenso einstimmig wurde der **Kollege Frieder Berger (CGM)** als Stellvertreter gewählt. Die weiteren Vorstandsmitglieder setzen sich aus Kolleginnen und Kollegen der im Land Sachsen vertretenen christlichen Gewerkschaften zusammen.

Mit der Neuwahl des Landesvorstands nimmt der CGB Landesverband Sachsen wieder seine Aufgaben als politische Interessenvertretung der christlichen Gewerkschaften in Sachsen wahr und strebt die Zusammenarbeit und den Dialog mit der Landesregierung in Dresden bei den schwierigen arbeitsmarktpolitischen Problemen an.

**Christian Hertzog,
Vorsitzender CGB Landesverband Sachsen**

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Gunter Smits

Redaktion: Gunter Smits, Anne Kiesow

Layout: Anja Kracht

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.